Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/1741

13. 07. 84

Sachgebiet 7

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Benin über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Förderung und Schutz deutscher Kapitalanlagen in der Volksrepublik Benin.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Auslandsinvestitionen, insbesondere durch Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Entschädigungspflicht bei Enteignung, freiem Transfer von Kapital und Erträgen, internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (42) – 651 09 – Ka 45/84

Bonn, den 13. Juli 1984

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Benin über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut des Vertrages und des zugehörigen Protokolls in deutscher und französischer Sprache und eine Denkschrift zum Vertrag sind beigefügt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Wirtschaft und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 537. Sitzung am 29. Juni 1984 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Benin über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Cotonou am 29. Juni 1978 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Benin über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und dem Protokoll vom selben Tage sowie dem Notenwechsel vom 5. August/10. Oktober 1983 wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel vom 29. Juni 1978 sowie der Notenwechsel vom 5. August/10. Oktober 1983 werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2, das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 7, soweit diese sich auf die Luftfahrt beziehen – auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Benin über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Traité entre la République Populaire du Bénin et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Volksrepublik Benin

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig behandeln als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandeln als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Die auf diese Weise gewährte Behandlung erstreckt sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder den Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Länder in Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufgrund der Mitgliedschaft in oder Assoziierung mit einer Währungsunion, einer Zollunion, einem Gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone einräumt.

La République Populaire du Bénin

et

la République fédérale d'Allemagne,

désireuses d'approfondir la coopération économique entre les deux Etats,

soucieuses de créer des conditions favorables à l'investissement de capitaux par des ressortissants ou des sociétés de l'un des deux Etats sur le territoire de l'autre Etat et

reconnaissant qu'un encouragement et une protection contractuelle de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux nations,

sont convenues de ce qui suit:

Article 1er

Chaque Partie Contractante encouragera dans la mesure du possible l'investissement de capitaux sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante et admettra ces investissements en conformité de sa législation. Elle traitera les investissements, dans chaque cas, de façon juste et équitable.

Article 2

(1) Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les investissements dont les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante sont propriétaires ou qui sont soumis à leur influence, à un traitement moins favorable que celui accordé aux investissements de ses propres ressortissants et sociétés ou aux investissements des ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

(2) Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne l'activité qu'ils exercent en connexion avec des investissements, à un traitement moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants et sociétés ou à des ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

(3) Le traitement ainsi accordé ne s'étendra pas aux avantages consentis par une Partie Contractante à ses propres ressortissants et sociétés ou aux ressortissants et sociétés de pays tiers, en accomplissement de ses obligations découlant soit de son appartenance à une union monétaire, une union douanière, un marché commun ou une zone de libre échange, soit de son association avec l'un ou l'autre de ces derniers.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit nach den Grundsätzen des Völkerrechts.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Marktwert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährleistet in bezug auf Kapitalanlagen den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer des Kapitals, der Erträge und, im Falle der Liquidation, des Liquidationserlöses.

Artikel 5

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei sowie deren Eintritt in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfange wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei aufgrund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Absätze 2 und 3 und Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Absatz 2 oder 3, nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tag des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

Article 3

(1) Les investissements de ressortissants ou de sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante de toute protection et de toute sécurité conformément aux principes du droit international.

(2) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante ne pourront être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie Contractante que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnité devra correspondre à la valeur marchande de l'investissement exproprié, être effectivement réalisable, librement transférable et être versée sans délai. Au moment de l'expropriation, au plus tard, il sera pourvu de façon adéquate à la fixation et au versement de l'indemnité. La légalité de l'expropriation et le montant de l'indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

(3) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante, dont les investissements auraient subi des pertes par l'effet d'une guerre ou d'un autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie Contractante, bénéficieront de la part de cette dernière, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants ou sociétés. De tels versements seront librement transférables.

(4) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 4

Chaque Partie Contractante garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante le libre transfert du capital investi et du produit de ce capital et, en cas de liquidation, du produit de la liquidation.

Article 5

Si une Partie Contractante, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante, effectue des versements à ses propres ressortissants ou sociétés, l'autre Partie Contractante, sans préjudice des droits de la première Partie Contractante découlant de l'article 10, reconnaîtra la transmission par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits et revendications de ces ressortissants ou sociétés à la première Partie Contractante ainsi que la subrogation en sa faveur de tous ces droits et revendications (droits transmis) que la première Partie Contractante sera autorisée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur. En ce qui concerne le transfert des versements à effectuer à la Partie Contractante en question en vertu de la transmission des droits, les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 3 ainsi que de l'article 4 sont applicables mutatis mutandis.

Article 6

(1) Pour autant que les intéressés n'auront pas conclu d'arrangement contraire approuvé par les autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement, les transferts au titre des paragraphes 2 ou 3 de l'article 3 ainsi que de l'article 4 ou de l'article 5 seront effectués sans délai et au cours de change valable à la date du transfert pour les opérations courantes.

(2) Le cours applicable aux opérations courantes est basé sur le pair (par value) convenu avec le Fonds Monétaire International et ne doit pas dépasser la marge d'oscillation admise aux termes de l'article IV section 3 de l'Accord relatif au Fonds Monétaire International, de part et d'autre de la parité (parity).

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit, als sie günstiger ist, vor.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen" umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere aber nicht ausschließlich

a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte oder dergleichen;

b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;

c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;

d) Urheberrechte, Recht des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und Goodwill;

e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge" bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile oder Zinsen entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige" bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

b) in bezug auf die Volksrepublik Benin:
Beniner im Sinne des Gesetzes über die beninische Staatsangehörigkeit.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften" bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;

b) in bezug auf die Volksrepublik Benin:
Gesellschaften bürgerlichen Rechts, Handelsgesellschaften, bei den Verwaltungsbehörden angemeldete Vereinigungen oder solche, deren öffentlicher Nutzen anerkannt

(3) Si, pour l'une des Parties Contractantes, il n'existe pas, à la date du Transfert, de cours de change au sens du paragraphe 2, sera applicable le cours officiel fixé par cette Partie Contractante pour sa monnaie nationale par rapport au dollar U.S., à une autre monnaie librement convertible ou à l'or. Si un tel cours n'est pas fixé non plus, les autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement admettront un cours de change juste et équitable.

Article 7

(1) S'il résulte de la législation de l'une des Parties Contractantes ou d'obligations internationales, existant actuellement ou qui seront fondées à l'avenir entre les Parties Contractantes en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière qui accorde aux investissements des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette réglementation primera le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

(2) Chaque Partie Contractante respectera toute autre obligation qu'elle aura assumée relativement à des investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie Contractante sur son territoire.

Article 8

(1) Le terme «investissements» comprend toutes les catégories de biens, notamment, mais non exclusivement,

a) la propriété de biens meubles et immeubles ainsi que tous autres droits réels tels qu'hypothèques, droits de gage etc.;

b) les droits de participation à des sociétés et autres sortes de participations;

c) les créances pécuniaires ou celles relatives à des prestations présentant une valeur économique;

d) les droits d'auteur, droits de propriété industrielle, procédés techniques, noms commerciaux et goodwill;

e) les concessions de droit public, y compris les concessions de recherche et d'exploitation.

Les modifications de la forme sous laquelle des biens sont investis n'affecteront pas leur qualité d'investissement.

(2) On entend par «produits» les montants versés à titre de bénéfice ou d'intérêt sur des investissements pour une période déterminée.

(3) On entend par «ressortissants»

a) en ce qui concerne la République Populaire du Bénin:
les Béninois au sens du Code de la nationalité Béninoise;

b) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne.

(4) On entend par «sociétés»

a) en ce qui concerne la République Populaire du Bénin: les sociétés civiles, les sociétés commerciales, les associations déclarées aux Autorités Administratives ou reconnues d'utilité publique ayant leur siège sur le territoire national et instituées à la suite d'un contrat par lequel deux ou plusieurs personnes conviennent d'une entreprise commune dans le but de partager le bénéfice qui pourra en résulter ou dans un but autre que celui de partager des bénéfices;

b) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne: toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la

ist, soweit sie ihren Sitz im nationalen Hoheitsgebiet haben und aufgrund eines Vertrags errichtet wurden, durch den zwei oder mehr Personen übereinkommen, gemeinsam etwas mit dem Ziel zu unternehmen, den daraus möglicherweise sich ergebenden Gewinn zu teilen, oder mit einem anderen Ziel als dem, einen Gewinn zu teilen.

Artikel 9

Diesem Vertrag unterliegen auch Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden bleibt unberührt.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

Die Bestimmungen dieses Vertrags bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die aufgrund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für

République fédérale d'Allemagne et constituée légalement en conformité de la législation, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non.

Article 9

Sont également soumis aux dispositions du présent Traité les investissements que des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties Contractantes ont, en conformité de la législation de l'autre Partie Contractante, effectué sur le territoire de cette dernière dès avant l'entrée en vigueur du présent Traité. Cette disposition ne porte pas atteinte à l'Accord du 27 février 1953 relatif aux Dettes extérieures de l'Allemagne.

Article 10

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doivent, si possible, être réglés par les Gouvernements des deux Parties Contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties Contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Partie Contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties Contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties Contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie Contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il incomberait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes ou s'il était également empêché, c'est au Membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties Contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie Contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de l'arbitre qu'elle a nommé ainsi que les frais de sa défense dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du Président ainsi que les autres frais sont assumés à parts égales par les deux Parties Contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer un autre règlement concernant les dépens. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Article 11

Les dispositions du présent Traité resteront en vigueur même en cas de conflits qui naîtraient entre les Parties Contractantes, sans préjudice du droit de prendre des mesures provisoires admissibles en vertu des règles générales du droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées au plus tard au moment de la cessation effective du conflit, que les relations diplomatiques aient été rétablies ou non.

Article 12

A l'exception des dispositions du paragraphe 7 du Protocole relatives à la navigation aérienne, le présent Traité s'appli-

das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Volksrepublik Benin innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrags an.

Geschehen zu Cotonou am 29. Juni 1978 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Hans-Joachim Heldt
Alwin Brück

Für die Volksrepublik Benin
Michel Alladaye

quera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Populaire du Bénin dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 13

(1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussi tôt que possible à Bonn.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prolongé pour une durée indéterminée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties Contractantes un an avant son expiration. A l'expiration de la période de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du Traité, les articles 1 à 12 resteront encore applicables pendant quinze ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

Fait à Cotonou, le 29 juin 1978 en double exemplaire en langues française et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour la République Populaire du Bénin
Michel Alladaye

Pour la République fédérale d'Allemagne
Hans-Joachim Heldt
Alwin Brück

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Benin haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrags betrachtet werden sollen:

(1) Zu Artikel 1

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

Soweit ein Zulassungsverfahren für die Kapitalanlage erforderlich ist, genießt die Kapitalanlage diesen Schutz vom Zeitpunkt der Zulassung an.

(2) Zu Artikel 2

a) Als Betätigung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 sind insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: Die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2.

b) Den Bestimmungen des Vertrags stehen Vereinbarungen nicht entgegen, die die beninische Regierung bei der Zulassung einer Kapitalanlage deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften mit diesen über besondere Bedingungen trifft, die die Zusammensetzung des Kapitals, seine Veräußerung oder Teilveräußerung, den Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die Reinvestierung seiner Erträge, die Berufsausbildung und die Beschäftigung beninischer Staatsangehöriger betreffen können.

Sind Bedingungen dieser Art vereinbart, so werden die Bestimmungen des Artikels 2 insoweit nicht angewendet. Derartige Bedingungen sind nur wirksam, wenn in der Zulassungsurkunde oder, falls eine solche nicht erforderlich ist, vor Einbringung der Kapitalanlage in einer besonderen schriftlichen Vereinbarung mit den Staatsangehörigen oder den Gesellschaften der anderen Vertragspartei die abweichenden Maßnahmen genau bezeichnet und im einzelnen festgelegt worden sind.

c) Artikel 2 Absatz 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

(3) Zu Artikel 3

Die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter Enteignung

Protocole

Lors de la signature du Traité relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, conclu entre la République Populaire du Bénin et la République fédérale d'Allemagne, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des arrangements suivants qui seront considérés comme formant partie intégrante du Traité:

(1) Ad article 1er

Les investissements effectués en conformité de la législation de l'une des Parties Contractantes dans le champ d'application de son droit par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante, jouissent de l'entière protection du présent Traité.

Dans la mesure où une procédure d'agrément est nécessaire à un investissement, celui-ci jouit de cette protection à compter de la date d'agrément.

(2) Ad article 2

a) Seront considérés comme activité au sens du paragraphe 2 de l'article 2 notamment, mais pas exclusivement, l'administration, l'utilisation, l'usage et la jouissance d'un investissement. Seront considérées notamment comme «traitement moins favorable» au sens du paragraphe 2 de l'article 2: toute restriction à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute entrave à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger ainsi que toutes autres mesures ayant un effet analogue. Les mesures prises pour des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne sont pas considérées comme «traitement moins favorable» au sens de l'article 2.

b) Les dispositions du Traité ne feront pas obstacle à ce que, lors de l'admission d'un investissement effectué par des ressortissants ou des sociétés allemands, le Gouvernement béninois convienne avec ceux-ci de conditions spéciales pouvant porter sur la structure de ce capital, sa cession totale ou partielle, le champ d'activité de l'entreprise créée, le réinvestissement de ses produits, la formation professionnelle et l'emploi de ressortissants béninois.

Si des conditions de ce genre sont convenues, les dispositions de l'article 2 ne seront pas appliquées pour autant. De telles conditions ne seront valables que si les mesures dérogatoires ont été précisées et fixées en détail dans l'acte d'admission ou, si un tel acte n'est pas requis, avant l'apport de l'investissement dans un arrangement particulier écrit, conclu avec les ressortissants ou les sociétés de l'autre Partie Contractante.

c) Le paragraphe 2 de l'article 2 ne s'applique pas à l'entrée, au séjour et à l'emploi en qualité de salarié.

(3) Ad article 3

Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 sont également applicables au passage d'un investissement de capital en propriété publique, à sa mise sous contrôle public ou aux interventions analogues des autorités publi-

ist die Entziehung oder Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

(4) Zu Artikel 4 *)

a) In Abweichung von Artikel 4 kann sich jede Vertragspartei das Recht vorbehalten, Einschränkungen des freien Transfers von Erträgen und Liquidationserlösen vorzunehmen, soweit es ihre Zahlungsbilanzlage erfordert. Zu diesem Zweck kann jede Vertragspartei Staatsangehörige und Gesellschaften der anderen Vertragspartei in der Zulassungsurkunde oder, falls eine solche nicht erforderlich ist, in einer besonderen schriftlichen Vereinbarung vor Einbringen der Kapitalanlage Einschränkungen des freien Transfers unterwerfen. Jede Vertragspratei wird von solchen Einschränkungen im Einzelfall nur insoweit Gebrauch machen, als dies ihre Zahlungsbilanzlage erfordert. In jedem Fall wird jedoch mindestens der folgende Transfer gewährleistet:

aa) der Transfer von Erträgen in Höhe von jährlich höchstens zwanzig Prozent der Nettogewinne;

bb) im Fall der Liquidation der Transfer von jährlich zwanzig Prozent des Liquidationsnettoerlöses.

Als „Liquidation" im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

Ferner ist für den Fall, daß Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei diese Beträge innerhalb eines Jahres nicht oder nicht voll transferieren, zu garantieren, daß die Unterschiedsbeträge im folgenden Jahr nachüberwiesen werden dürfen.

(5) Artikel 6

Als „unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Zu Artikel 8

a) Erträge aus der Kapitalanlage und, im Falle ihrer Wiederanlage, auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen stehen, werden die Vertragsparteien die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Hierunter fallen Beförderungen von

a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgeques. On entend par «expropriation» le retrait ou la limitation de tout droit de propriété qui, seul ou conjointement avec d'autres droits, constitue un investissement de capital.

(4) Ad article 4 *)

a) Par dérogation à l'article 4, chaque Partie Contractante peut se réserver le droit de limiter le libre transfert du produit du capital et du produit de la liquidation dans la mesure où l'exige sa balance des paiements. A cet effet, chaque Partie Contractante peut, dans l'acte d'admission ou, si un tel acte n'est pas requis, dans un arrangement particulier écrit, soumettre les ressortissants et les sociétés de l'autre Partie Contractante, avant l'apport de l'investissement de capital, à des restrictions au libre transfert. Chaque Partie Contractante ne fera usage de telles restrictions que dans la mesure où sa balance des paiements l'exige. Dans tous les cas, cependant, le transfert suivant sera au moins assuré:

aa) le transfert annuel des produits d'un montant équivalent à vingt pour-cent au maximum des bénéfices nets;

bb) en cas de liquidation, le transfert annuel de vingt pour-cent du produit net de la liquidation.

Est également considérée comme «liquidation» au sens de l'article 4 toute aliénation effectuée en vue d'un renoncement total ou partiel à l'investissement.

En outre, si des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante n'effectuent pas le transfert partiel ou intégral de ces montants dans le délai d'un an, il doit être assuré que les montants de la différence pourront être transférés au cours de l'année suivante.

(5) Ad article 6

Est considéré comme effectué «sans délai» au sens du paragraphe 1 de l'article 6, tout transfert qui a lieu dans le délai normalement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction d'une requête y relative et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

(6) Ad article 8

a) Les produits de l'investissement et, en cas de réinvestissement, les produits de leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement.

b) Sans préjudice d'autres procédés de détermination de la nationalité, est considérée notamment comme ressortissant d'une Partie Contractante toute personne qui possède un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie Contractante en question.

(7) En cas de transport de biens ou de personnes en relation avec l'exécution d'investissements de capitaux, les Parties Contractantes n'excluront pas et n'entraveront pas les entreprises de transport de l'autre Partie Contractante et, en cas de besoin, accorderont les autorisations nécessaires aux transports. Cela s'applique aux transports

a) de biens qui sont destinés directement à un investissement de capital au sens du présent Traité ou qui sont achetés sur le territoire d'une Partie Contrac-

*) vgl. hierzu den im Anschluß an diesen Vertrag veröffentlichten berichtigenden Notenwechsel vom 5. August/10. Oktober 1983

*) Voir à ce sujet l'échange de Notes rectificatif en date des 5 août/10 octobre 1983, publié à la suite du présent Traité.

biet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder in dessen Auftrag angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrags angelegt sind,

b) Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen reisen.

tante ou d'un Etat tiers par une entreprise ou pour le compte d'une entreprise dans laquelle des fonds au sens du présent Traité sont investis,

b) de personnes qui effectuent des voyages en relation avec l'exécution d'investissements de capitaux.

Geschehen zu Cotonou am 29. Juni 1978 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Hans-Joachim Heldt
Alwin Brück

Für die Volksrepublik Benin
Michel Alladaye

Fait à Cotonou, le 29 juin 1978 en double exemplaire en langues française et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour la République Populaire du Bénin
Michel Alladaye

Pour la République fédérale d'Allemagne
Hans-Joachim Heldt
Alwin Brück

Der Vorsitzende
der beninischen Delegation

Cotonou, den 29. Juni 1978

Herr Vorsitzender,

in der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Volksrepublik Benin deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Volksrepublik Benin einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Michel Alladaye

An den
Vorsitzenden
der deutschen Delegation

Der Vorsitzende
der deutschen Delegation

Cotonou, den 29. Juni 1978

Herr Vorsitzender,

ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Volksrepublik Benin deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Volksrepublik Benin einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen."

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hans-Joachim Heldt

An den
Vorsitzenden
der beninischen Delegation

Le Président
de la Délégation de la
République Populaire du Bénin

Cotonou, le 29 juin 1978

Monsieur le Président,

Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, la République Populaire du Bénin accordera aux ressortissants allemands qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands au Bénin, désireraient entrer, séjourner et exercer une activité de salarié dans la République Populaire du Bénin, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de ma haute considération.

Michel Alladaye

Monsieur le Président
de la Délégation allemande

Le Président
de la Délégation allemande

Cotonou, le 29 juin 1978

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre de ce jour, rédigée comme suit:

«Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, la République Populaire du Bénin accordera aux ressortissants allemands qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands au Bénin, désireraient entrer, séjourner et exercer une activité de salarié dans la République Populaire du Bénin, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent.»

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de ma haute considération.

Hans-Joachim Heldt

Monsieur le Président
de la Délégation de la
République Populaire du Bénin

(Übersetzung)

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Cotonou

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik beehrt sich, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit der Volksrepublik Benin unter Bezugnahme auf ihre eigene Note Nr. 29/81 Wi 413.35 vom 30. Januar 1981 und die Note des Ministeriums Nr. 627 MAEC/DGM/DE/03 vom 30. Juni 1981 sowie auf den Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen folgendes mitzuteilen:

Eine eingehende Prüfung durch die deutschen Behörden hat ergeben, daß der Vertrag nicht ratifiziert werden kann, da es noch nicht gelungen ist, den widersprüchlichen Text im vierten Satz der Ziffer 4 (zu Artikel 4) des Vertragsprotokolls richtigzustellen.

Die Regierung der Bundesrepublik schlägt vor, die betreffende Stelle folgendermaßen abzufassen:

„In jedem Fall wird jedoch der folgende Transfer gewährleistet:

aa) der Transfer von Erträgen in Höhe von jährlich 20 % der Nettogewinne;

bb) im Fall der Liquidation der Transfer von jährlich 20 % des Liquidationsnettoerlöses."

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland wäre dem Ministerium dankbar, wenn es den Inhalt dieser Verbalnote dadurch bestätigen würde, daß es den Wortlaut der Ziffer 4 (zu Artikel 4) in der angegebenen Form wiederholt.

Diese Note und die Antwortnote werden somit eine verbindliche Auslegung des besagten Vertrags bilden und eine Ratifizierung in der Bundesrepublik Deutschland ermöglichen.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland dankt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit der Volksrepublik Benin für sein Entgegenkommen und benutzt diesen Anlaß, es erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Cotonou, den 5. August 1983

L. S.

An das
Ministerium für Auswärtige
Angelegenheiten und Zusammenarbeit
Cotonou

Ambassade
de la République fédérale d'Allemagne
Cotonou

Note verbale

L'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne présente ses compliments au Ministère des Affaires Etrangères et de la Coopération de la République Populaire du Bénin et, se référant à sa propre Note N° 29/81 Wi 413.35 en date du 30 janvier 1981 et à la Note du Ministère N° 627 MAEC/DGM/DE/03 en date du 30 juin 1981 et au traité relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, a l'honneur de lui communiquer ce qui suit:

L'examen approfondi des Autorités allemandes a prouvé que l'on ne peut pas ratifier le traité du fait que l'on n'a pas encore réussi a rectifier le texte contradictoire dans la quatrième phrase du paragraphe 4 (ad article 4) du protocole du traité.

Le gouvernement de la République fédérale propose que la partie modifiée sera donc libellée comme suit:

«Dans tous les cas, cependant, le transfert suivant sera assuré:

aa) le transfert annuel des produits d'un montant équivalent à 20 % des bénéfices nets

bb) en cas de liquidation le transfert annuel de 20 % du produit net de la liquidation.»

L'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne serait reconnaissante au Ministère de bien vouloir confirmer le contenu de cette Note Verbale en répétent le texte du paragraphe 4 (ad article 4) comme cité.

La présente Note et la note de réponse constitueront donc une interprétation authentique dudit traité permettant la ratification en République fédérale d'Allemagne.

L'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne remercie le Ministère des Affaires Etrangères et de la Coopération de la République Populaire du Bénin de son obligeance et saisit cette occasion pour lui renouveler les assurances de sa haute considération.

Cotonou, le 5 août 1983

L. S.

Ministère des Affaires
Etrangères et de la Coopération
Cotonou

(Übersetzung)

Volksrepublik Benin

Ministerium
für Auswärtige Angelegenheiten
und Zusammenarbeit

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit der Volksrepublik Benin beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf ihre Verbalnoten Nr. 149/83 vom 5. August 1983 und 184/83 vom 21. September 1983 sowie auf das Protokoll der vom 1. bis 5. Dezember in Cotonou erfolgten deutsch-beninischen Regierungsverhandlungen zur Kenntnis zu bringen, daß der Text des vierten Satzes der Ziffer 4 (zu Artikel 4), wie er in ihrer Verbalnote 149/83 vom 5. August 1983 angegeben ist, seine Zustimmung findet und folgendermaßen lauten wird:

„In jedem Fall wird jedoch der folgende Transfer gewährleistet:

aa) der Transfer von Erträgen in Höhe von jährlich 20 % der Nettogewinne;

bb) im Fall der Liquidation der Transfer von jährlich 20 % des Liquidationsnettoerlöses."

Das Ministerium für Auswärtige Beziehungen und Zusammenarbeit der Volksrepublik Benin dankt der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland für ihre freundliche Zusammenarbeit und benutzt diesen Anlaß, sie erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Cotonou, den 10. Oktober 1983

L. S.

An die
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland
Cotonou

République Populaire du Bénin

Ministère
des Affaires Étrangères
et de la Coopération

Le Ministère des Affaires Etrangères et de la Coopération de la République Populaire du Bénin présente ses compliments à l'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne et se référant à ses notes verbales nº 149/83 du 5 Août 1983 et 184/83 du 21 Septembre 1983 ainsi qu'au Procès-Verbal des négociations intergouvernementales Germano-Béninoises du 1er au 5 Décembre 1980 à Cotonou a l'honneur de porter à sa connaissance que le libellé de la quatrième phrase du paragraphe 4 (ad article 4) indiquée par sa note verbale 149/83 du 5 Août 1983, rencontre son agrément et sera formulé comme suit:

«Dans tous les cas, cependant, le transfert suivant sera assuré:

aa) le transfert annuel des produits d'un montant équivalent à 20 % des bénéfices nets

bb) en cas de liquidation le transfert annuel de 20 % du produit net de la liquidation».

Le Ministère des Affaires Etrangères et de la Coopération de la République Populaire du Bénin remercie l'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne de son aimable coopération et saisit cette occasion pour lui renouveler les assurances de sa haute considération.

Cotonou, le 10 oct. 1983

L. S.

Ambassade de la République
fédérale d'Allemagne
Cotonou

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Kapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Die Bundesregierung fördert deutsche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern u. a. durch Garantien gegen politische Risiken und zinsgünstige Kredite. Der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern dienen auch die Investitionsförderungsverträge, welche die Bundesrepublik bereits mit einer großen Anzahl von Entwicklungsländern abgeschlossen hat. Diese Verträge tragen zugleich den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes Rechnung. Danach kann der Bund zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen in der Regel dann übernehmen, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Der deutsch-beninische Vertrag vom 29. Juni 1978 entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag für Verträge über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

II. Im einzelnen:

Der Vertrag enthält 13 Artikel; ihm sind ein Protokoll, ein Briefwechsel sowie ein Notenwechsel beigefügt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung sieht u. a. das allgemeine Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung vor. Die Kapitalanlagen genießen nach Protokollnummer 1 den Schutz des Vertrages, wenn sie in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Anlagelandes vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 2

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In Protokollnummer 2 Buchstabe a werden Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Nach Protokollnummer 2 Buchstabe b können bestimmte Abweichungen vom Prinzip der Inländerbehandlung bei der Zulassung in Benin vereinbart werden.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel stellt die Kapitalanlagen allgemein unter den Schutz der Grundsätze des Völkerrechts. Er setzt die wichtigsten Anforderungen an die Entschädigung im Falle einer Enteignung fest. Die Protokollnummer 3 erläutert die entschädigungspflichtigen Eingriffe näher. Bei Verlust der Kapitalanlagen infolge Krieg, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr wird Inländerbehandlung zugesichert. Außerdem gilt für den gesamten Artikel 3 Meistbegünstigung.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung enthält das Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen. Nach Protokollnummer 4 sind bei der Zulassung Einschränkungen des freien Transfers aus Zahlungsbilanzgründen möglich; in jedem Fall werden jedoch 20 Prozent des Transfers jährlich garantiert.

Protokollnummer 4 hat in dem 1978 unterzeichneten Vertrag die Fassung

„In jedem Fall wird jedoch mindestens der folgende Transfer gewährleistet:

aa) der Transfer von Erträgen in Höhe von jährlich höchstens 20% der Nettogewinne;"

Durch Notenwechsel vom 5. August/10. Oktober 1983 haben die Vertragsparteien vereinbart, die Worte „mindestens" einerseits und „höchstens" andererseits in dem Vertragstext zu streichen, so daß die Protokollnummer in der Fassung dieses Notenwechsels nunmehr lautet:

„In jedem Fall wird jedoch der folgende Transfer gewährleistet:

aa) der Transfer von Erträgen in Höhe von jährlich 20 % der Nettogewinne;"

Durch diese Neufassung ist ein logischer Widerspruch im Text beseitigt worden.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland, wenn sie aus einer Garantie für eine in Benin vorgenommene Kapitalanlage in Anspruch genommen wird, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im eigenen Namen gegenüber Benin geltend machen kann (Grundsatz der Subrogation).

Zu Artikel 6

Nach dieser Bestimmung sind Transfers unverzüglich zum gültigen Kurs zuzulassen. Nach Protokollnummer 6 darf die Frist für den Transfer unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

Zu Artikel 7

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes, sei es aufgrund völkerrechtlicher Verpflichtungen, gehen vor. Zugleich sichern sich die Vertragsparteien zu, daß Verpflichtungen einer

Vertragspartei in bezug auf die Kapitalanlagen eingehalten werden.

Zu Artikel 8

In Artikel 8 werden die im Vertrag verwendeten Ausdrücke „Kapitalanlagen", „Erträge", „Staatsangehörige" und „Gesellschaften" definiert. Nach Protokollnummer 8 genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 9

Nach Artikel 9 sind die sogenannten Altinvestitionen in den Schutz dieses Vertrages einbezogen.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren vor bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrages.

Zu Artikel 11

Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien lassen den Vertrag unberührt. Dies schließt vorübergehende Maßnahmen aufgrund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts nicht aus.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 13

Der Vertrag bleibt zunächst zehn Jahre in Kraft und wird sodann – mit einer einjährigen Kündigungsfrist – auf unbegrenzte Zeit verlängert. Im Falle des Außerkrafttretens des Vertrages genießen die bis dahin vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere fünfzehn Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und zusätzlichen Regelungen. Sie gelten als Bestandteil des Vertrages.

Abgesehen von den im jeweiligen Zusammenhang bereits erwähnten Bestimmungen enthält es in Nummer 7 ein Diskriminierungsverbot hinsichtlich Transporte im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen.

Zum Briefwechsel

Im Briefwechsel verpflichtet sich Benin, deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Volksrepublik Benin einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen zu erteilen.

Zum Notenwechsel

Es wird auf die Begründung zu Protokollnummer 4 betreffend Artikel 4 des Vertrages verwiesen.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 411477 7. 84
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333